

Martin Kloke

Israelkritik – ein Tabu?

Zur Popularität eines Reizwortes

»Darf man in Deutschland Israel kritisieren?« Diese unschuldig klingende Frage ist alles andere als harmlos. Sie unterstellt, die kritische Auseinandersetzung mit der Politik Israels unterliege einem Denkverbot – »wegen der Vergangenheit«, wie gerne nachgeschoben wird. Zumal »die Deutschen« geradezu eine »Freundspflicht gegenüber Israel« empfinden.¹⁾ Eine »mächtige Israellobby«, so heißt es, stelle jegliche Kritik an Israel unter einen antisemitischen Generalverdacht. Warum sich dieses Tabu so hartnäckig halte, führen die einen auf das angeblich schlechte Gewissen der Deutschen zurück, andere prangern eine »zionistische« beherrschte Medienwelt an. »Israelkritik« wird in diesem Narrativ zu einem Akt der Zivilcourage. Mutige Israelkritiker rufen, »vor Kühnheit zitternd« (frei nach Martin Walser), dazu auf: »Es muss doch in diesem Lande wieder möglich sein ...!«

Wer sich die Berichterstattung und Meinungsbilder über Israel genauer anschaut, stellt allerdings fest: In Deutschland war es noch nie ein Tabu, Israel und die israelische Regierung zu kritisieren. Stattdessen erregt bis heute kein anderes außenpolitisches Thema so sehr die Gemüter wie die Kritik an Staat und Gesellschaft Israels. Die Vorgänge um jene Gaza-Flottille, die im Frühjahr 2010 die israelische Seeblockade des Gazastreifens zu durchbrechen suchte, ist dafür ein Paradebeispiel: Niemand war in den ersten Tagen der gewaltsamen Zusammenstöße zwischen sogenannten Friedensaktivisten und einem israelischen Marinekommando über die tatsächlichen Umstände im Bilde – auch Medien und Nahostexperten jeglicher Provenienz wussten nichts, aber alles besser; reflexartig verurteilten sie Israel. In wochenlanger Kleinarbeit traten dann Fakten und Hintergründe zutage – Einzelheiten einer türkisch-islamistisch gesteuerten Aktion zur Delegitimierung Israels, aber auch Details zu den operativen Fehlern der Eingreiftruppe, die glaubte, es tatsächlich mit idealistischen Friedensaktivisten zu tun zu haben. Haften bleibt im Alltagsbewusstsein dennoch das Bild des hässlichen Israelis.

Ähnlich desolat ist das Bild in den einschlägigen Foren internationaler Politik. Erinnerung sei an die UNO und den in ihren Gremien installierten Verurteilungsmechanismus, an dem sich im Februar 2011 sogar die Regierung Merkel/Westerwelle beteiligen sollte²⁾ – ganz zu schweigen von der Israelphobie in allen islamisch geprägten Ländern. Israelkritik, die häufig nur eine Chiffre für die Verbreitung hemmungsloser israelfeindlicher Ressentiments ist, ist hier wie dort geradezu ein Muss.

Doch diese Entwicklung ist nicht neu. Schon wenige Monate nach der Gründung Israels im Mai 1948 verurteilte die preußische Gräfin Marion Dönhoff den jüdischen Staat mit harschen Worten und setzte die israelische Regierung moralisch mit dem NS-Regime gleich³⁾ –

¹⁾ So Stefan Reinecke: Feigheit vor dem Freund. In: die tageszeitung (taz), 23.8.2010.

²⁾ USA blockieren UN-Resolution gegen Israel. In: Deutsche Welle, 19.2.2011; Merkel wütend auf Israels Premier. In: Der Tagesspiegel, 26.2.2011, S. 1.

³⁾ Vgl. Marion Gräfin Dönhoff, Völkischer Ordensstaat Israel. In: Die Zeit, Nr. 39, 23.9.1948, S. 1.

und das in einer Situation, in der Israel gerade dabei war, seine Existenz gegen die angreifenden arabischen Nachbarstaaten zu verteidigen. Viele weitere derartige Stimmen ließen sich anführen. Gewiss hat es in den 1960er Jahren in der bundesdeutschen Gesellschaft, besonders während und nach dem sogenannten Sechstagekrieg im Juni 1967, auch eine breite proisraelische Grundstimmung gegeben, doch wurden diese Israel-Sympathien stets von kritischen bis feindseligen Gegenströmungen konterkariert.⁴⁾

Auf dem Höhepunkt der Schmidt/Begin-Kontroverse 1981 schlug eine bis dato halbwegs positive Grundstimmung in der Bundesrepublik um. Zum ersten Mal seit den späten 1950er Jahren stellte sich eine Mehrheit der Deutschen im Nahostkonflikt auf die Seite der Araber.⁵⁾ Bis heute ist das Image Israels mehr als getrübt. Laut einer internationalen BBC-Umfrage meinen 49 Prozent der Befragten, von Israel gehe ein negativer Einfluss aus; in Deutschland haben 65 Prozent der Menschen ein grundsätzlich negatives Israelbild.⁶⁾ Umfragen wie diese sind zunächst einmal nichts anderes als demoskopischer Ausdruck tagespolitischer Erregungszustände. Gleichwohl sind die israelkritischen Trends eindeutig.

Der im rechten politischen Spektrum angesiedelte israelische Politiker Ariel Scharon wurde viele Jahre scharf kritisiert, teilweise noch heftiger als Menachem Begin und Benjamin Netanjahu, die Hassfiguren der 1980er und 1990er Jahre. Als der rechtssäkulare israelische Politiker Avigdor Lieberman im Frühjahr 2009 zum neuen Außenminister avancierte, waren sich die meisten Kommentatoren in der Vorverurteilung Liebermans einig: eine kurze Schonzeit, wie sonst international üblich, wurde dem umstrittenen Politiker nicht gewährt.

Selbst der »Deutsch-Israelische Arbeitskreis für Frieden im Nahen Osten«, der in den 1990er Jahren noch eine Position der »kritischen Solidarität« und des »Dialogs« vertreten hatte, verabschiedet sich mehr und mehr von Bezügen zur Mitte der israelischen Gesellschaft. In der vereinseigenen Zeitschrift »israel & palästina« (3. Quartal 2010) glaubten die Herausgeber sich für den Abdruck eines Beitrags des israelischen Politikwissenschaftlers Gerald Steinberg über »Asymmetrie, Verwundbarkeit und die Suche nach Sicherheit« rechtfertigen zu müssen: »Wir haben lange überlegt, ob wir diesen Beitrag veröffentlichen sollen, da er [...] die israelische Sicht zur Sicherheitslage erörtert.« Aus dem früheren kritischen Dialog scheint damit kaum mehr als ein Selbstgespräch übrig geblieben zu sein.

Israel ist ein demokratischer Staat in einer von Umbrüchen, aber zugleich auch von Despoten beherrschten Region. Als Mitglied der UNO und seit Mai 2010 auch der OECD unterliegt der Staat denselben internationalen Maßstäben wie andere Länder. Dieser Anspruch lässt sich am Beispiel der umstrittenen Siedlungspolitik überprüfen, die im Fokus gegenwärtiger Israelkritik steht: Israel eroberte 1967 in einem ihm aufgezwungenen Schlagabtausch unter anderem Ost-Jerusalem und das Westjordanland. Nach den militärischen Drohgebärden und verbalen Vernichtungsdrohungen tonangebender arabischer Nationalisten in Kairo und Damaskus kam dieser rasche Sieg im sogenannten Sechstagekrieg vielen Israelis einem Wunder gleich. Schon bald darauf begannen sie mit Duldung der Regierung und bald auch mit staatlicher Förderung eine rege Siedlungstätigkeit auf dem eroberten Land zu entfalten. Die Gebiete waren zuvor 400 Jahre osmanisch, dann fast 30 Jahre britisch und zuletzt fast 20 Jahre jordanisch besetzt gewesen – einen Staat Palästina hat es nie gegeben. Dennoch ist die israelische Siedlungstätigkeit in den vor 44 Jahren eroberten Gebieten völkerrechtlich

⁴⁾ Zu Einblicken in die diffusen Gemütslagen der Nachkriegsdeutschen vgl. Martin Kloke: *Israel und die deutsche Linke. Zur Geschichte eines schwierigen Verhältnisses* (DIAK-Schriftenreihe, Bd. 20), Frankfurt/Main 1990; aktualisierte und erweiterte Neuauflage mit einem Vorwort von Micha Brumlik, Schwalbach/Ts. 1994.

⁵⁾ Vgl. Werner Bergmann/Rainer Erb: *Antisemitismus in der Bundesrepublik Deutschland. Ergebnisse der empirischen Forschung von 1946–1989*, Opladen 1991, S. 182.

⁶⁾ So laut BBC World Poll (GlobeScan und PIPA-Programm der University of Maryland), 7.3.2011.

problematisch und politisch-psychologisch einer von mehreren Stolpersteinen auf dem Weg zu einer nachhaltigen Entschärfung des israelisch-palästinensischen Konflikts. Die Siedlungspolitik kann mit Fug und Recht kritisiert werden.

Aber eine solche Kritik sollte der Hintergründe gewahr bleiben – verstehen, ohne zu rechtfertigen. Die Arabische Liga hatte schon kurz nach dem Sechstagekrieg auf dem Gipfel von Khartum ihr dreifaches »Nein« bekräftigt: »Nein zur Anerkennung Israels! Nein zu Verhandlungen! Nein zum Frieden mit Israel!«⁷⁾ Musste da nicht die Versuchung groß sein, im Überschwang des unerwarteten militärischen Erfolgs die Westbank als ein weiteres zionistisches Projekt zu begreifen? Wobei schon damals erkennbar war, dass die Linke eher sicherheitspolitisch, die Rechte zusätzlich nationalreligiös motiviert war.

Inzwischen sind auch Israelis des rechten politischen Spektrums bemüht, Schadensbegrenzung zu üben und die Siedlungspolitik einzudämmen, Straßensperren u. a. Alltags-hemmnisse aufzulösen und die wirtschaftliche Erholung der Westbank zu fördern. So hat die israelische Militärverwaltung seit 2008 in der Westbank, von der Weltöffentlichkeit wenig beachtet, die Zahl ihrer Checkpoints von 42 auf 16 reduziert. Diese Entwicklung spiegelt den Alltagspragmatismus der Regierung von Benjamin Netanjahu wider, der zu einer Erholung der palästinensischen Ökonomie im Westjordanland geführt hat – mit fast zweistelligen Wachstumsraten. Netanjahus Vor-Vorgänger im Amt, Ariel Sharon, war der erste, der die Auflösung von Siedlungen nicht nur versprechen, sondern umsetzen sollte, ohne dass freilich dadurch ein politischer Prozess in Gang gekommen wäre. Netanjahu, ebenfalls nicht als »Taub« bekannt, hat 2010 einen auf elf Monate befristeten Siedlungsstopp verhängt – ein Signal des guten Willens an die Adresse der Palästinenser, um in direkte Verhandlungen über eine Beilegung des Konflikts einzutreten. »Land gegen Frieden« ist nach wie vor der normative Rahmen jedes ernstzunehmenden Friedensprozesses. Demgegenüber streben die Palästinenser im September 2011 die einseitige, aber UN-autorisierte Ausrufung eines palästinensischen Staates an, ohne sich zugleich zur Anerkennung Israels verpflichten zu wollen. Könnte es sein, dass die Verhandlungen deswegen nicht vorankommen, weil sich viele Palästinenser – nicht nur Anhänger der islamistischen Hamas, sondern auch die Gefolgsleute der allgemein als gemäßigt betrachteten säkularen Fatah – noch immer nicht mit der Existenz Israels als jüdischem und demokratischem Staat abgefunden haben?

Auch nach 63 Jahren staatlicher Existenz kann sich Israel seiner Legitimität nicht gewiss sein – so, als ob wir uns immer noch in den Jahren 1947/48 befänden und nicht im 21. Jahrhundert. Die »Vision einer Welt ohne Zionismus«, wie sie die iranische Führung unter Präsident Ahmadinejad, aber auch Israels Nachbarn von Hamas bis Hisbollah propagieren, zirkuliert auch in weniger radikalen Nahostdiskursen, nicht zuletzt in der westlichen Welt.

Es ist auffallend, dass Begriffe wie »Dänemarkkritik«, »Schweizkritik« oder »Russlandkritik« im normalen Sprachgebrauch praktisch nicht existieren. Wer dagegen das Wort »Israelkritik« googelt, kommt auf zehntausende Einträge. Es mag gute Gründe geben, Israel im Allgemeinen und Netanjahu, Lieberman etc. im Besonderen zu tadeln, aber verdienen nicht auch andere Länder dieser Welt kritische Begleitung? Wobei Selbstkritik eine Tugend ist, die in den israelischen Medien jeden Tag aufs Neue praktiziert wird. Auch in der jüdischen Diaspora erhält Israel unterschiedliche Zensuren, darunter kritische (man denke nur an den ehrenwerten »Appell an die Vernunft« des European Jewish Call For Reason, <http://www.jcall.eu/?lang=de>).

⁷⁾ Einzelheiten im Archiv der Gegenwart, 15. September 1967, S. 13411.

WENN ISRAELKRITIK IN ANTISEMITISMUS UMSCHLÄGT

Seit dem Sechstagekrieg von 1967 richtet sich das öffentliche Interesse auf die kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen Israelis und Arabern. Herausragende sportliche Ereignisse, die enormen Integrationsleistungen Israels zur Aufnahme zyklischer Einwanderungswellen oder auch nobelpreisverdächtige Erfindungen spielen in den Medien nur am Rande eine Rolle, obwohl Israel die weltweit höchste Korrespondentendichte aufweist. Tausende ständige oder durchreisende Journalisten sind nicht im Lande, um Leser und Zuschauer über die religiöse und säkulare Buntheit der israelischen Gesellschaft zu informieren. Das öffentliche Interesse richtet sich auf militärische Maßnahmen Israels in den besetzten Gebieten: Sie sind als Nachrichten attraktiver, garantieren Schlagzeilen und hohe Einschaltquoten – auch, weil sie europäische Obsessionen bedienen.

Wann immer es zu einer gewaltsamen Konfrontation der israelischen Armee mit ihren Widersachern kommt, vermitteln Nachrichten und Kommentare Bilder eines angeblich »biblischen Krieges«: »Auge um Auge«, »alttestamentarische Racheaktionen«. Reflexhaft tauchen jedes Mal die alten Klischees des christlichen Antijudaismus wieder auf, und das in einer religiös konnotierten Schärfe, die uns in anderen Konfliktregionen (z. B. im früheren Nordirlandkonflikt zwischen Katholiken und Protestanten) niemals begegnet. Der Übergang von der harmlos anmutenden Israelkritik zur faktenresistenten Israelfeindschaft ist notorisch kurz.

In Deutschland hat die sogenannte Neue Linke Ende der 1960er Jahre antizionistische Befindlichkeiten hoffähig gemacht und im Gefolge der riesigen historischen Hypothek ihrer Väter und Mütter israelfeindliche Ressentiments ins Zentrum umfassender Welterklärungsmodelle gestellt. In dieser Zeit wurde die Aufrechnung und Gleichsetzung der NS-Verbrechen mit der Politik Israels populär. Das berüchtigte Bekennerschreiben der linksradikalen Tupamaros Westberlin enthielt schon 1969 ein exkulperendes Gedankenkonstrukt, das sich bis heute wie ein roter Faden durch die Legitimationsstrategien antizionistischer Agitatoren zieht.⁸⁾ Zur Begleitmelodie dieses Antizionismus gehört die Agitation gegen die ominöse Existenz eines »jüdischen Kapitals«, gegen »US-Imperialismus und Weltzionismus« und gegen den »internationalen Zionismus«.⁹⁾ Teile der deutschen Linken sind bis heute von antisemitisch motivierten Ressentiments erfüllt, die sich vor allem gegen Existenz und Politik Israels richten.¹⁰⁾ Besonders schlagzeilenträchtig sind die kruden Boykottaufrufe des Bremer Friedensforums¹¹⁾, aber auch die antisemitisch grundierten Aktivitäten der Duisburger Linkspartei. Unter ihrem Vorsitzenden Hermann Dierkes verbreitet sie Hassparolen, die eine frappierende Nähe zu rechtsextremen und islamistischen Formen der Judenfeindschaft aufweisen, so etwa im April 2011, als auf der Homepage der Duisburger Linkspartei der Da-

⁸⁾ »Am 31. Jahrestag der faschistischen Kristallnacht wurden in Westberlin mehrere jüdische Mahnmale mit »Schalom und Napalm« und »El Fatah« beschmiert. Im jüdischen Gemeindehaus wurde eine Brandbombe deponiert. Beide Aktionen sind nicht mehr als rechtsradikale Auswüchse zu diffamieren, sondern sind ein entscheidendes Bindeglied internationaler Solidarität. [...] Jede Feierstunde in Westberlin und in der BRD unterschlägt, dass die Kristallnacht von 1938 heute tagtäglich von den Zionisten in den besetzten Gebieten, in den Flüchtlingslagern und in den israelischen Gefängnissen wiederholt wird. Aus den vom Faschismus vertriebenen Juden sind selbst Faschisten geworden, die in Kollaboration mit dem amerikanischen Kapital das palästinensische Volk ausradieren wollen.« (Schwarze Ratten TW: Schalom + Napalm, in: Agit 883, Nr. 40, 13.11.1969, S. 9).

⁹⁾ Ausführlich Martin Kloke: Israel und die deutsche Linke, a. a. O. (Fußnote 5), S. 123–176.

¹⁰⁾ Vgl. Samuel Salzborn, Sebastian Voigt: Antisemiten als Koalitionspartner? Die Linkspartei zwischen antizionistischem Antisemitismus und dem Streben nach Regierungsfähigkeit. In: Frankfurter Rundschau (FR), 20.5.2011.

¹¹⁾ »Boykottiert Israels Früchte« – die »antiimperialistische« Variante des SA-Aufrufs »Kauft nicht bei Juden« – zu sehen auf den Sandwich-Plakaten linker Demonstranten vor einem Supermarkt in Bremen am 11. März 2011 – wohlwollend begleitet von Teilen der Linkspartei (vgl. beispielhaft den Linken-Aktivisten Arn Strohmeier, Sohn des namhaften NS-Blut- und Bodenauteurs Curt Strohmeier, der vehement für die Boykottaktion eintritt).

vidstern ikonografisch mit dem Hakenkreuz gleichgesetzt, der Staat Israel als Hort zionistischer Weltverschwörung gegeißelt und schließlich auch der Holocaust geleugnet wurde.¹²⁾

Was vor 40 Jahren noch hauptsächlich in den Pamphleten subkultureller linksradikaler Milieus zirkulierte, hat sich in sublimierter Form bis in die Feuilletons des etablierten Medienbetriebs verlängert. Die den Grünen nahestehende Zeitschrift »israel & palästina« brachte es 2009 eher beiläufig und im Kassandrastil der selbst erfüllenden Prophezeiung auf den Punkt: »Israel wird von der Weltöffentlichkeit als ein diskriminierender Siedlerstaat und koloniales Unternehmen, das nicht ins 21. Jahrhundert passt, wahrgenommen werden.«¹³⁾ Welcher andere, zumal demokratische, Staat in der Welt befindet sich seit mehr als 60 Jahren in der Zwangslage, sich gegenüber Kritikern und »Freunden« permanent seiner Existenzberechtigung vergewissern zu müssen? Häufig beteuern Zeitgenossen: »Ich trete zwar für das Existenzrecht Israels ein, aber ...!« Niemand würde allerdings jemals einen Gedanken entwickeln, der mit dem Satz begänne: »Ich trete zwar für das Existenzrecht Russlands ein, aber ...!«

ANTIZIONISMUS UND JÜDISCHER SELBSTHASS

Seit geraumer Zeit ziehen jüdische Kritiker Israels besondere Aufmerksamkeit auf sich. Dass Menschen, die qua Geburt der jüdischen Gemeinschaft angehören oder als Erwachsene zum Judentum konvertiert sind, sich mit fanatischem Eifer der Israelkritik widmen, weckt Fragen, aber auch Irritationen.

Die israelische Rechtsanwältin Felicia Langer siedelte 1990 nach Deutschland über. Schon in Israel hatte sie sich in allerlei antizionistischen und propalästinensischen Zirkeln betätigt, u. a. als Mitglied des ZK der Kommunistischen Partei. Seit Jahrzehnten prangert Langer Israels Palästina-Politik an. 2002 erklärte sie, es sei Israel selbst, das den palästinensischen Terroranschlägen »den Weg geebnet« habe. Ähnlich wie der ehemalige FDP-Politiker Jürgen Möllemann nannte sie die israelischen Selbstverteidigungsmaßnahmen »Staatsterror«.¹⁴⁾ Sie schrieb ein zustimmendes Vorwort für ein Buch des bekennenden Antisemiten Jamal Karsli¹⁵⁾, bezeichnete die Verhältnisse in der Westbank als »Apartheid der Gegenwart«¹⁶⁾ und wirft Israel eine »rassistische Politik« vor. Der iranische Präsident Ahmadinejad habe während der UN-Antirassismus-Konferenz 2009 »die Wahrheit« gesagt, wonach die Westmächte den Holocaust als Vorwand zur Vertreibung der Palästinenser und zur Installation eines rassistischen Regimes missbraucht hätten.¹⁷⁾ Dennoch – oder gerade deswegen? – empfing sie hierzulande verschiedene Ehrungen, darunter das Bundesverdienstkreuz

¹²⁾ Vgl. Philipp Wittrock: Antisemitisches Flugblatt. Duisburger Linke verbreitet Hass gegen Israel. In: Der Spiegel, 27.4.2011; s. auch das inzwischen auf der Linken-Homepage gelöschte Flugblatt »Nie wieder Krieg für Israel!« (Privatarchiv d. Verf.). Die Bundestagsfraktion der Linken unter Gregor Gysi distanzierte sich erst im Juni 2011 von internen antisemitischen Tendenzen – und riskierte sogleich eine Parteispaltung (vgl. Jan-Philipp Hein: Linke vor Spaltung? In: FR, 10.6.2011).

¹³⁾ Vgl. Michael Jansen: Das effektivste Mittel im Umgang mit Israel. In: israel & palästina, 2/2009, S. 33.

¹⁴⁾ Vgl. Karl Pfeifer: Sommergespräch der Wiener Grünen: Felicia Langer gibt Möllemann Recht. In: HaGalil online, 28.2.2002.

¹⁵⁾ Vgl. Felicia Langer: Vorwort zur 1. Auflage. In: Jamal Karsli: Maulkorb für Deutschland. Fakten, Analyse, Aufklärung zur Antisemitismusdebatte, Recklinghausen: Selbstverlag Jan Karsli 22003.

¹⁶⁾ »Israels Regierungen sind von jeher friedensresistent«. Markus Bernhardt im Interview mit Felicia Langer. In: Junge Welt, 5.6.2007.

¹⁷⁾ Peter Weidner: Die »Israelkritik« der Felicia Langer. Ein Stimmungsbericht aus Linz. In: Die juedische.at, März 2009; vgl. dazu den Wortlaut der Rede des iranischen Präsidenten Mahmud Ahmadinejad während der Anti-Rassismus-Konferenz der UNO in Genf, 20.4.2009.

I. Klasse. Aus der Sicht eines Teils der Öffentlichkeit spricht Langer »Wahrheiten« aus, die Deutsche angeblich nicht zu sagen wagen, weil sie historisch befangen seien.

Gerard Menuhin, Sohn des berühmten Geigers Yehudi Menuhin, scheut nicht davor zurück, allerlei revisionistisches, nationalistisches und antiisraelisches Gedankengut auch in rechtsextremen Zeitungen unterzubringen. Menuhin ist Kolumnist der rechtsextremen Nationalzeitung und musste 2005 seinen Sitz in der Yehudi Menuhin-Stiftung aufgeben. Er wird in rechten und antisemitischen Milieus als ein »jüdischer Wahrheitssucher« gefeiert. Klarsichtiger als im Hinblick auf linke Antizionisten schreibt die »Zeit«: »Der jüdische Autor liefert das, was Antisemiten gern lesen: dass Israel zusammen mit den USA die Angst vor einem zweiten Holocaust schürt, um gefährliche Großmachtfantasien zu tarnen, während in Wahrheit die armen Iraner bedroht seien. [...] Gerard Menuhin ist [...] nicht nur der nützliche Idiot und Selbstverleugner im sinnlosen Kampf der Rechten gegen deutsche Schuld. Er ist der zutiefst Traumatisierte, der glaubt, den Alb der Geschichte abschütteln zu können, indem er die öffentliche Erinnerung an den Judenmord zum Schweigen bringt.«¹⁸⁾

Wer nach weiteren Beispielen jüdischer Israel-Feindschaft sucht, wird rasch fündig: In die Schlagzeilen gerät regelmäßig Evelyn Hecht-Galinski, Tochter des ehemaligen Berliner Zentralratsvorsitzenden Heinz Galinski. Sie klassifizierte die Gleichsetzung des palästinensischen Ramallah mit dem Warschauer Getto, die die katholischen Bischöfe Gregor Maria Hanke und Walter Mixa angestellt hatten, als »sehr moderat«¹⁹⁾ und setzt sich für einen vollständigen politischen und wirtschaftlichen Boykott Israels ein.²⁰⁾ Erinnert sei auch an die vor einigen Jahren aus Israel nach Deutschland übergesiedelte Iris Hefets, die mit einem taz-Artikel über die »Pilgerfahrt nach Auschwitz« junger Israelis einen veritablen Skandal auslöste: »Bevor ein junger Israeli zur Armee geht, muss er mindestens einmal Suff, Sex und eine Auschwitzreise erlebt haben.«²¹⁾ Ähnlich blasphemisch mutet die Plakataktion des antizionistischen dänisch-jüdischen Künstlers Jan Egesborg und seiner Partnerin Pia Bertelsen an: Die beiden entwarfen und plakatierten in Berlin ein Plakat mit einer Karte des Nahen Ostens, in der alle jüdisch-israelischen Spuren gelöscht und durch »Ramallah« ersetzt waren. Die Künstler betitelten das Plakat mit dem Wort »Endlösung«. Dass diese Provokation, angeblich Satire, nicht nur im deutschen Diskurskontext Assoziationen an den NS-Vernichtungsantisemitismus wecken musste, dürften die israelfeindlichen Tabubrecher im Land der Täter und deren Nachkommen einkalkuliert haben.²²⁾

Vor 35 Jahren waren sich linke Israelkritiker noch einig: »Linker Antisemitismus ist unmöglich«²³⁾ und wähten darin einen Freibrief für hemmungslose antiisraelische Hetze. Dass es Antisemitismus in allen sozialen und kulturellen Milieus gibt, ist heute Gemeingut – aber jüdischer Antisemitismus? »Aus dem Antisemitismus könnte schon was werden, wenn sich nur die Juden seiner annehmen würden«, feixte einst der österreichische Schriftsteller Alexander Roda Roda. Im Ernst: Warum sollte es keinen jüdischen Antisemitismus geben? Schließlich wissen wir auch um frauenfeindliche Frauen und schwulenfeindliche Homosexuelle. Ob es auch unter Juden Antisemitismus gibt, ist keine begriffliche, sondern eine empirische Frage – das Phänomen zieht sich wie ein roter Faden durch die jüdische Ge-

¹⁸⁾ Thomas Assheuer: Falscher Trost für Deutsche. Der Fall Gerard Menuhin. In: Die Zeit, Nr. 47/2005.

¹⁹⁾ »Ghetto ist heute ein gebräuchlicher Begriff«. Doris Simon im Interview mit Evelyn Hecht-Galinski. In: Deutschlandfunk, 9.3.2007.

²⁰⁾ Peter Wolter im Gespräch mit Evelyn Hecht-Galinski: »Ich rufe schon seit langem zum Boykott auf« In: Junge Welt, 27.2.2009, S. 8.

²¹⁾ Iris Hefets: Pilgerfahrt nach Auschwitz. Das Holocaust-Gedenken ist zu einer Art Religion geworden. In: taz, 9.3.2010.

²²⁾ Vgl. Benjamin Weinthal: Von der Landkarte getilgt. In: Der Tagesspiegel, 4.5.2010, S. 10.

²³⁾ Gerhard Zwerenz: Linker Antisemitismus ist unmöglich. In: Die Zeit, Nr. 16, 9.4.1976, S. 34.

schichte. Nicht nur der israelkritische Erziehungswissenschaftler Micha Brumlik wundert sich über die »Kooperation« jüdischer Antizionisten mit eliminatorischen Antisemiten, die sich »damit brüsten, in Gaza von Hamas-Funktionären begrüßt und verabschiedet worden zu sein.«²⁴⁾

Der Philosoph und Publizist Theodor Lessing hat vor 81 Jahren in seiner Studie »Der jüdische Selbsthass« die Psychopathologie der Ich-Entwertung anhand einiger Fallstudien herausgearbeitet.²⁵⁾ Menschen, die ihre eigene jüdische (wahlweise israelische) Identität als Makel und Belastung begreifen, sind unglücklich. Ein Ausweg verheißt die aus der Psychoanalyse bekannte »Identifikation mit dem Aggressor«, das Bestreben, sich mit dem nichtjüdischen Widersacher zu identifizieren oder wenigstens zu arrangieren. Damit strahlen diese »traurigen Helden der Anpassung«²⁶⁾ das Signal aus: »Ich bin anders als meine Leute – nehmt mich zum Dank in euer Mehrheitskollektiv auf!« Jüdischer Selbsthass ist demnach die Antwort »auf das trügerische Versprechen des antisemitischen Stigmas ›Werde wie wir, höre auf, dich von uns zu unterscheiden, und du wirst zu uns gehören.«« Die deutsche Leitkultur war früher deutschnational geprägt, heute ist sie außerhalb offizieller Gedenk- und Sonntagsreden antizionistisch grundiert. Distanz zu Israel, dem Pariastaat unter den Nationen, verheißt nicht nur in sogenannten progressiven Kreisen Anerkennung. Jüdische Antizionisten erregen in der nichtjüdischen Mehrheitsgesellschaft Aufmerksamkeit – sie werden, ob sie es wollen oder nicht, als nützliche Idioten des antizionistischen bzw. antisemitischen Diskurses gebraucht und benutzt.

Eine psychologisierende Deutung des jüdischen Selbsthasses mag in Einzelfällen evident sein, doch nicht jeder radikale jüdische oder nichtjüdische Kritiker Israels muss zwingend ein (selbst)hassender Antisemit sein. So spricht der Politologe und Moralpädagoge Alfred Grosser Israel und die Juden zwar mehrheitlich für den fortgesetzten Nahostkonflikt, ja sogar für den Antisemitismus, schuldig, doch den Vorwurf des jüdischen Selbsthasses weist er brüsk zurück. Damit sollten Israelkritiker »diskriminiert« werden, meint er: »Was man mir höchstens vorwerfen kann, ist Selbstüberschätzung« – womöglich eine Anspielung auf seine israelpolitische Mission, »die Deutschen auch hier zu befreien, eine Normalität herzustellen.«²⁷⁾

ISRAEL ALS PARIA DER WELTGEMEINSCHAFT

Israels Staatsgebiet bedeckt 0,015 Prozent der Erdoberfläche. Mit 20.770 km² liegt das Land der Größe nach an 161. Stelle, vor Slowenien, aber hinter El Salvador. Gleichwohl beziehen sich bis zu zehn Prozent der Weltnachrichten in unseren Medien auf das kleine Land zwischen Jordan und Mittelmeer. Man könnte meinen, der jüdische Staat sei ein libidinös besetzter Fixpunkt, wobei die obsessiven Gefühle gegenüber Israel und seinen Bürgern extremen Schwankungen unterliegen.

Wohl kaum ein Land war während des Sechstagekrieges von 1967 so proisraelisch wie die Bundesrepublik. Aber genauso gilt: In keinem Land haben antiisraelische Emotionen

²⁴⁾ Micha Brumlik: Ein Motiv, das man nur ablehnen kann. In: taz, 31.8.2010.

²⁵⁾ Theodor Lessing: Der jüdische Selbsthass (1930). Neu aufgelegt: München: Matthes & Seitz 2004.

²⁶⁾ Hans-Joachim Neubauer: Traurige Helden der Anpassung. Sander L. Gilman dechiffriert die Wurzeln des »jüdischen Selbsthasses«. In: Die Zeit, Nr. 49, 3.12.1993.

²⁷⁾ Vgl. Alfred Grosser im Interview mit Timo Stein und Constantin Magnis: »Ein Feind Israels bin ich nicht«. In: Cicero. Magazin für politische Kultur (Online-Ausgabe), 14.12.2010; dazu kritisch Martin Kloke: Wo endet die legitime Israelkritik und wo fängt der Antisemitismus an? In: Cicero. 21.12.2010.

derart hohe Wellen geschlagen wie hier, man denke nur an die heftigen Reaktionen auf die Zusammenstöße zwischen israelischen Marineeinheiten und militanten Aktivisten der Gaza-Hilfsflotte. Derselbe Bundestag, der normalerweise bei keinem politischen Thema einen parteiübergreifenden Konsens erzielt und auch Resolutionen gegen den Antisemitismus monatelang berät, modelliert und nach allen Seiten austariert, bevor er sie zur Abstimmung stellt, einigte sich gleichsam über Nacht und einstimmig auf einen israelkritischen Antrag, um u. a. festzustellen, Israel habe den »Grundsatz der Verhältnismäßigkeit verletzt.«²⁸⁾ Für ungleich katastrophenträchtiger Konflikte engagieren sich Bundesregierung und Bundestag merklich weniger – etwa, als es im Frühjahr 2011 darum ging, den bedrängten Menschen in Libyen zur Seite zu stehen. Der Beschluss des UN-Sicherheitsrates im März 2011 zum Schutz der Zivilbevölkerung erfolgte mit Billigung der Arabischen Liga. Im Gegensatz zu den USA, Frankreich und Großbritannien enthielt sich Deutschland der Stimme – an der Seite Russlands und Chinas.

Die ungezählten zivilen Opfer in Afghanistan oder im Irak, in Tschetschenien oder Darfur, in Libyen oder Syrien, ganz zu schweigen von den zahlreichen Opfern von Massakern in den zerfallenden Staaten Afrikas, erzeugen unter uns kaum jenes Minimum an Betroffenheit, das noch jede vergleichsweise harmlose militärische Reaktion Israels auslöst. Warum gibt es darüber keinen Sitzungsmarathon und keinen Verurteilungsmechanismus, sei es im Bundestag oder in der UN-Vollversammlung? Warum zeigen sich viele Menschenrechts- und Friedensaktivisten nur dann entsetzt, wenn Juden an einem Konflikt beteiligt sind? Woher kommt diese Obsession, Israel als Paria der Völkergemeinschaft hinzustellen? So geschehen zuletzt im UN-Sicherheitsrat, wo es im Februar 2011 nicht den deutschen, französischen oder britischen Vertretern, sondern allein dem Veto der USA zu verdanken war, dass der jüdische Staat nicht an den Pranger gestellt wurde, während zur selben Zeit die Massaker arabischer Despoten an ihren Untertanen nicht nur in der sogenannten Friedensbewegung neutralistische Reaktionen hervorriefen. Könnte es sein, dass sich die deutsche Außenpolitik im 21. Jahrhundert mehr vom Drang nach nationalpazifistischer Selbstfindung als von den Herausforderungen menschenrechtlicher Verantwortung leiten lässt?

Mit Bezug auf die Schoah wird kolportiert, die Juden seien »wie Schafe zur Schlachtbank« gegangen. Heute dagegen setzt Israel den alten APO-Spruch um »Wer sich nicht wehrt, lebt verkehrt«, und prompt heißt es, der jüdische Staat reagiere »unverhältnismäßig«. Der unbefangene komparative Blick auf internationale Konflikte lässt erkennen, dass die Handlungen Israels mit anderen und strengeren Maßstäben gemessen werden als sie sonst international üblich sind. Offenbar hat sich der jahrhundertelange Antisemitismus 1945 nicht verflüchtigt, sondern prägt das kollektive Unbewusste der Weltgemeinschaft. Zudem plagt die Weltgemeinschaft noch immer ein schlechtes Gewissen: Sie giert nach Exkulpation und moralischer Kompensation wegen ihres Versagens in der Nazi-Zeit. »Je ›böser‹ die Israelis gezeichnet werden, desto ›besser‹ können ›wir‹ uns fühlen – dann war der Holocaust, wenn wir ihn schon nicht leugnen können, wenigstens nicht einzigartig.« In diesem identitätsstiftenden Gedankenkonstrukt mutieren die Nachfahren der Opfer zu Tätern eines neuen Holocaust. Wer vom moralisch getarnten Antisemitismus nicht reden will, sollte von Israel besser schweigen.

²⁸⁾ Vgl. den Antrag der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen. In: Deutscher Bundestag, 17. Wahlperiode. Drucksache 17/2328, Berlin, 30.6.2010.